

Der Vorstand des Bundesausschusses Politische Bildung (bap) gibt aus Anlass des Gesprächs von BMI und BMFSFJ am 24.01.2012 folgende Erklärung ab:

Die aktuellen Entwicklungen zum Rechtsextremismus geben Anlass, die Aktivitäten von staatlicher und gesellschaftlicher Seite zu überprüfen.

Die im Bundesausschuss Politische Bildung (bap) organisierten Träger wenden sich in ihrer Bildungsarbeit gegen jede Form von Extremismus. Sie setzen sich dafür ein, dass die Teilnehmenden von der Notwendigkeit unserer freiheitlich-demokratischen Staatsform überzeugt werden und sich aktiv für deren Erhalt und Weiterentwicklung engagieren. Damit leisten die Träger durch ihre Bildungsarbeit einen Beitrag zur Achtung von Menschenwürde und Menschenrechten als Grundlage unseres Gemeinwesens. Auf Landes- und vor allem auf Bundesebene gibt es im Hinblick auf die rechtsextremistischen Entwicklungen zahlreiche Angebote für Fachkräfte sowie Jugendliche und Erwachsene. Diese überregionalen Bildungsangebote sind eingebettet in eine breite Infrastruktur von Trägern politischer Bildung. Mit ihren Aufgaben der fachlichen Beratung und Begleitung, Konzeptbildung, Modellentwicklung, Evaluation und Fort- und Weiterbildung für die Profession erbringen sie einen wichtigen Beitrag zur Daueraufgabe der demokratischen Daseinsvorsorge für die Breite der Bevölkerung. Um ihre Verantwortung in der Bildung für Demokratie wahrnehmen zu können, bedürfen die Träger auch Unterstützung von staatlicher Seite.

In Bezug auf die einladenden Ressorts BMFSFJ und BMI ist das Regierungshandeln zur Unterstützung der Arbeit der Träger allerdings nicht konsistent: Im BMFSFJ leistet im Hinblick auf die Zielgruppe Jugend im KJP das Förderprogramm „Politische Jugendbildung“ einen wichtigen Beitrag zur Arbeit der bundesweit tätigen Träger. Die bereitgestellten Mittel sind nicht nur stabil, sondern wurden sogar im Herbst 2011 mit der besonderen Aufgabe der Bekämpfung rechtsextremistischer Entwicklungen kurzfristig einmalig aufgestockt. Das Programm "TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN", wie es im BMFSFJ entwickelt wurde, ist von hoher Bedeutung und sollte weiter fortgeschrieben werden. Träger der politischen Bildung sind auf lokaler Ebene in vielfältiger Form in dem Program engagiert. Sie erarbeiten lokale Aktionspläne, beteiligen sich mit Bildungsangeboten an lokalen Bündnissen oder erarbeiten für spezifische örtliche Situationen besondere Formate (Ausstellungen, Geschichtswerkstätten, Einsatz von Medien und Internet).

Im BMI hingegen sind seit einigen Jahren beim Titel der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) erhebliche Kürzungen zu verzeichnen, die sich auch im Jahr 2012 fortsetzen und für die Trägerförderung der politischen Erwachsenenbildung gravierende Einschnitte mit sich bringen. Von 1993 bis heute sind z.B. die Mittel für Bildungsangebote der Träger dadurch von ca. 11 Mio. Euro auf 5 Mio. Euro gesunken. Eine Infrastrukturförderung der bundesweiten Träger für die Zielgruppe Erwachsenenbildung ist hier genauso wenig vorgesehen wie bei den im Geschäftsbereich des BMI angesiedelten „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)“ sowie der „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“. Wenn von Seiten der gesellschaftlichen Gruppen ein nachhaltiger Beitrag in Demokratiebildung erwartet wird, dann bedarf es einer deutlichen Trendwende und Aufstockung der Mittel allgemein und für besondere Aufgaben der politischen Bildung in den Sachbereichen.

Die Angebote der Träger politischer Bildung auf allen Ebenen und in großer geografischer Verbreitung gehen zeitnah auf aktuelle politische Ereignisse ein und vermitteln ein sachgerechtes Bild über deren Problemlagen. Sie haben auch weitergehende Ziele und tragen der Tatsache Rechnung, dass der Bevölkerung in ihrer Breite immer wieder die Grundlagen für unsere Demokratie nahegebracht werden

müssen. Die bap-Träger reagieren in ihrer Bildungsarbeit aktiv auf die Herausforderungen, die sich aus extremistischen Erscheinungen ergeben. In Zusammenarbeit mit den einladenden Ministerien und anderen staatlichen Stellen sind sie auch bereit, ihre Aktivitäten auszubauen. Als großes Netzwerk, in dem alle gesellschaftlichen Gruppen vertreten sind, bringt der bap auch die nötigen Voraussetzungen mit, die Breite der Gesellschaft anzusprechen. Dazu braucht er aber die Unterstützung staatlicher Stellen.

Vorstand Bundesausschuss Politische Bildung

Für den Vorstand

Lothar Harles

Vorsitzender

Bonn, 24. Januar 2012

Kontaktdaten:

Lothar Harles

Bundesausschuss Politische Bildung (bap)

c/o AKSB Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland

Katholische Fachorganisation für politische und sozioethische Bildung - Website: www.aksb.de

D-53123 Bonn Heilsbachstr. 6

direkt Tel. 0228-28 929-40 Zentrale Tel. 28 929-30 Fax 0228-28929-57

E-Mail vorstand@bap-politischebildung.de Web <http://www.bap-politischebildung.de/>